

UMWELTSCHUTZ

„Sieg des Geldes“

Für sieben Millionen Mark ließ sich der BUND die Klage gegen ein Pumpspeicherwerk abkaufen. Naturschützer fürchten, der Ablasshandel könnte Schule machen.

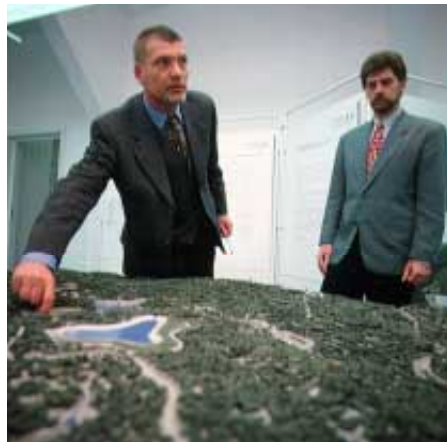
Schon zu DDR-Zeiten schützte Hans Liebelt, 60, die Natur. Jahrzehntlang erforschte der Biologielehrer zusammen mit Schülerarbeitsgruppen die Feuchtbiotope der Umgebung. Er hütete die Brutplätze von Schwarzstörchen und Auerhühnern und pflegte Bergwiesen, auf denen das seltene Holunderknabenkraut aus der Familie der Orchideen wächst.

Umweltschutz im kleinen war im ökologischen Notstandsgebiet DDR wohlgefallen, vor allem in Thüringen, wo sich die Werktätigen erholen sollten. Den Glauben an die Harmonie von Mensch und Natur hat Liebelt, der nach der Wende mit Kollegen seiner Schule in Ober-Weißbach eine Ortsgruppe des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gründete, erst vor kurzem verloren.

Jahrelang hatte er gegen den Bau eines Pumpspeicherwerks zur Elektrizitätsgewinnung gekämpft – mit Unterstützung des BUND-Landesverbandes Thüringen, der das eineinhalb Milliarden Mark teure Projekt mit juristischen Mitteln verhindern wollte. Ein Termin für die Klagebegründung beim Verwaltungsgericht Meiningen

war für den 31. Januar dieses Jahres anberaumt worden.

Doch plötzlich war alles anders. Zum Entsetzen der Öko-Wächter aus dem oberen Schwarztal wollte der BUND-Landesverband von einer Klage nichts mehr wissen. Grund: Der Bauträger, die Vereinigten Energiewerke AG (VEAG) hatte den Umweltfunktionären für sieben Millionen Mark den Schneid abgekauft.



Energiemanager Bogenrieder* (l.)
„Ökologisch sinnvoll“

„Wir sind mit 1300 Mitgliedern ein schwacher Verband“, rechtfertigt Geschäftsführer Michael Spielmann den Ablasshandel mit der Umwelt. „Die Chancen im Prozeß standen nicht gut für uns. Deshalb haben wir mit der linken Hand etwas ausgehandelt, was uns ermöglicht, mit der rechten Hand stärker zuzuschlagen.“

Das Geld soll in eine künftige Stiftung für Naturschutz und Energieeinsparung in den neuen Bundesländern fließen, die vom BUND verwaltet wird. Spielmann: „Wir werden dieses Geld nutzen, um das Umweltbewußtsein im Osten zu fördern.“

Für die Umweltschützer vor Ort ist das nicht mehr als ein frommer Wunsch. „Es tut weh“, meint Liebelt, „wenn sich die Leute jetzt über uns lustig machen.“ Grund zum Spott gibt es genug, denn niemand will glauben, daß der Rechtsweg aussichtslos war. „Die VEAG zahlt doch nur“, so die Meinung vieler Mitglieder an der BUND-Basis, „weil sie Angst vor einem Prozeß hat.“

Uwe Elsmann, Physiklehrer aus Katzhütte bei Goldisthal: „Wir fühlen uns von den eigenen Leuten verraten, die Glaubwürdigkeit unseres Verbandes hat schwer gelitten.“

Cash gegen Natur hat bundesweit schon andere Umweltverbände entzweit:

- Im baden-württembergischen Rastatt verzichteten der Bund für Vogelschutz und der World Wide Fund for Nature auf Einsprüche gegen ein neues Autowerk in den Rheinauen – die Landesregierung überwies daraufhin einen dreistelligen Millionenbetrag;
- an der brandenburgischen ICE-Strecke Hannover-Berlin handelte der Naturschutzbund Deutschland mit der Deut-



Bauarbeiten für die Leibis-Talsperre in Thüringen: „Wir warten auf ein Angebot“

schen Bahn finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für die bedrohten Trappengroßvögel aus; und

- im niedersächsischen Münchenhagen soll eine Giftmülldeponie im „Verhandlungsverfahren“ bürgervertraglich gemacht werden.

Der Öko-Ablaßhandel von Thüringen macht den Weg für ein Projekt frei, das die DDR-Führung Mitte der siebziger Jahre nach der Rodung von 205 Hektar Wald aus finanziellen Gründen aufgegeben hatte. Oberhalb der Gemeinde Goldisthal im Kreis Sonneberg wird demnächst der Fluß Schwarza mit Hilfe eines 67 Meter hohen Dammes aufgestaut. 300 Meter höher soll der Gipfel des Wurzelberges gesprengt, und mit dem Geröll ein riesiges Staubecken gebaut werden. Mit billigem Nachtstrom, so die Pläne, werden die Wassermassen aus dem Schwarzastausee in das auf dem Berg gelegene Becken gepumpt, um in Spitzenzeiten des Energieverbrauchs zusätzlichen Strom zu erzeugen.

Die VEAG preist das Mammutprojekt als „ökologisch sinnvoll“. „Die Energie kann zu Zeiten des Überangebots gespeichert werden und geht nicht verloren“, erläutert VEAG-Ingenieur Wolfgang Bogenrieder. Der BUND brandmarkte das geplante Kraftwerk jedoch noch vor wenigen Monaten als „eine Fortschreibung der bisherigen Energie-Verschwendungspolitik“ und als „gigantische Naturzerstörung im Herzen des Thüringer Waldes“.

Die Aktivisten am Ort fürchten nun, daß der Sieg der Industrie Auswirkungen auf ein weiteres Großprojekt hat. Nur 20 Kilometer von Goldisthal entfernt, verschandelt eine gigantische Baustelle die Landschaft. In Leibis soll Deutschlands größte Trinkwassertalsperre entstehen, auch sie ein Projekt, das im Arbeiter-und-Bauern-Staat geplant, aber mangels Geld nicht realisiert wurde.

1995 gerieten die Arbeiten durch Streitigkeiten über das Genehmigungsverfahren und Klagen von Naturschützern ins Stocken. Das Argument der Gegner: Mehrere Untersuchungen zeigten deutlich, daß der Trinkwasserverbrauch in Thüringen seit Jahren sinkt, das Projekt demzufolge überflüssig sei.

Mit neuem Elan und einem guten finanziellen Polster aus dem VEAG-Deal will sich der BUND nun darauf konzentrieren, die Leibistalsperre zu verhindern. „Wir werden beweisen“, gelobt BUND-Chef Spielmann, „daß wir nicht käuflich sind.“

Umweltfreunde im Freistaat Thüringen sehen das eher skeptisch. Denn: Die Thüringer Talsperrenverwaltung fordert eine „Gleichbehandlung“ seitens der Ökowächter.

„Wir warten nunmehr auf ein Angebot des BUND“, sagt Hauptgeschäftsführer Jens Peters, „für welchen Preis die Talsperre Leibis von den Naturschützern freizukaufen ist.“ ♦